

# Leben mit dem ständigen Vergessen

Mehr Menschen als bisher angenommen sind in der Schweiz an Demenz erkrankt – und die Zahl wird weiter steigen

Simon Widmer (Text)  
und Joseph Khakshouri (Fotos)

Zürich Es begann vor sechs Jahren. Trudi Mettler, 79, wollte nicht mehr Fahrrad fahren. Ihr Mann Ernst, 81, konnte sich das damals nicht erklären. Erst später realisierte er, dass seine Frau Angst hatte, das Gleichgewicht zu verlieren. Trudi Mettler verlor auch die Lust am Kochen. Sie konnte ihrem Mann auch Rezepte nicht mehr beibringen, die sie früher auswendig kannte. Bei der jährlichen Kontrolle führte der Hausarzt Tests durch. Die Diagnose: Demenz.

Heute lebt Trudi Mettler zusammen mit 17 anderen Demenzkranken im Pflegezentrum Tertianum Papillon in Winterthur. Sie benötigt einen Rollstuhl. Sprechen bereitet ihr Mühe. «Sie will etwas sagen, aber es fehlen ihr die Worte», sagt Ernst Mettler, der seine Frau an diesem Nachmittag besucht. Heute geht es Trudi Mettler gut, das sieht Ernst Mettler in den Augen seiner Frau. Sie lacht viel. Besonders, als er von den Spaziergängen mit ihr erzählt, von den Primeln auf dem Weg.

Um das Pflegezentrum herum verläuft ein Spazierweg, auf dem man sich nicht verlaufen kann. In einem Zimmer hängt am Schrank ein Zettel mit den Namen der Kinder und Enkel des Bewohners. Die Zimmer sind am Nachmittag meist leer. «Demenzkranken suchen den Kontakt zu ihren Mitmenschen. Vertraute Stimmen geben ihnen Sicherheit. Deshalb sind sie meistens im Aufenthaltsraum», sagt Geschäftsführerin Mirjam Roser.

## Mehr Frauen über 90 Jahren als gedacht leiden an Demenz

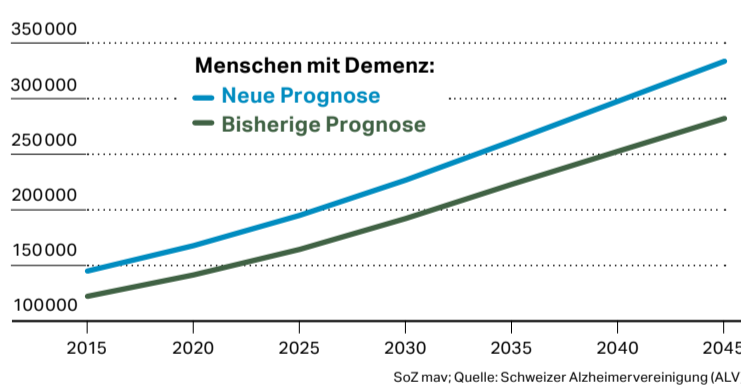
Heimplätze wie im Tertianum Papillon werden wichtiger. Denn in der Schweiz leben mehr demente Menschen als angenommen. Neue Schätzungen der Schweizer Alzheimervereinigung ALZ gehen für das aktuelle Jahr von 144 156 statt 121 628 Menschen mit Demenz aus. Auch die Prognosen für die Zukunft wurden nach oben korrigiert. Aufgrund der Alterung der Gesellschaft ist der Trend klar steigend, aber auf einem höheren Niveau. Für das Jahr 2040 rechnet die ALZ mit knapp 298 000 statt 253 000 Menschen.



Ernst Mettler besucht seine Frau Trudi im Tertianum Papillon (o.). Liselotte Schmitz spielt Chopin (links). Eine Betreuerin spaziert mit einem Heimbewohner (u. r.)



Knapp 300 000 Demenzkranke im Jahr 2040



Wie kommt es zu diesen Unterschieden? «Die Anzahl der Menschen mit Demenz in der Schweiz wird nicht systematisch erfasst», sagt Nicole Gadiant von der ALZ. Die Zahl wird mit sogenannten Prävalenzzahlen errechnet. Diese sagen aus, wie stark eine Krankheit in einer bestimmten Gruppe verbreitet ist. In den neuesten Studien wurden diese Zahlen angepasst. «Insbesondere der prozentuale Anteil von hochaltrigen Frauen ab 90 Jahren mit Demenz ist im Vergleich mit unseren bisherigen Schätzungen höher», sagt Gadiant.

## Demenz ist nicht heilbar – aber ein Leben in Würde ist möglich

Die neuen Zahlen haben Konsequenzen. «Die Politik muss sich darauf einstellen, dass künftig mehr Menschen mit Demenz gepflegt und betreut werden müssen», sagt Stefanie Becker, ALZ-Geschäftsführerin. Dabei reiche es nicht, zusätzliche Pflegeplätze zu schaffen. «Es fehlt auch an Angeboten, die Demenzkranken ermöglichen, möglichst lange in der eigenen Wohnung zu bleiben», sagt sie. Gerade diese Angebote würden helfen, die Kosten zukünftig im Rahmen zu halten. Kosten, die 2009 auf knapp 7 Milliarden Franken angestiegen sind, wie eine Studie des Instituts Ecoplan zeigt. Neuere Studien fehlen. Da die Anzahl Demenzkranker konstant ansteigt, dürften die Kosten bereits jetzt deutlich höher sein.

«Demenz ist nicht heilbar. Aber wir können den Menschen ein würdevolles, selbstbestimmtes Leben ermöglichen», sagt Mirjam Roser. Im Papillon tanzen und musizieren die Bewohner unter der Leitung der Musiktherapeutin Carla Weber. Auch Liselotte Schmitz, 97, macht mit. Sie hat Mühe mit dem Gedächtnis, kann sich nicht daran erinnern, was sie vor wenigen Minuten gesagt hat. Sie fragt mehrere Male, weshalb ein Stofftier auf dem Sofa liegt – und vergisst es umgehend wieder. Als Carla Weber sie ans Klavier bittet, hält sie kurz inne und spielt dann fehlerfrei «Frühlingsrauschen» von Chopin. Die Melodie kennt Schmitz seit Jahrzehnten. «Die Bewohner merken, dass sie noch etwas können. Das tut ihnen gut», sagt Musiktherapeutin Weber.

# Schwarze Liste für unnötige Behandlungen auf Intensivstationen

Mit einer Top-9-Liste nimmt die Gesellschaft für Intensivmedizin unnötige Zusatzuntersuchungen, Transfusionen und invasive Eingriffe ins Visier

Bern Wer nach einem Unfall oder wegen schwerer Krankheit auf eine Intensivstation kommt, wird an Schläuche gehängt, geröntgt, eventuell beatmet und künstlich ernährt. Zur Lebensrettung wird viel getan. Doch nicht immer ist jede Massnahme wirklich nötig.

Das ist das Resultat von Abklärungen der Schweizer Gesellschaft für Intensivmedizin (SGI). Die Ärzte sind dabei auf diagnostische Tests und Therapien gestossen, die im Alltag der Intensivstationen verbreitet sind, den meisten Patienten aber keinen Nutzen bringen. Mehr noch: Sie können gefährlich sein, weil sie Nebenwirkungen verursachen. Und sie treiben die Gesundheitskosten in die Höhe.

Deshalb ergreifen die Intensivmediziner nun die Initiative, um unnötige Behandlungen zu verhindern. Die SGI hat soeben eine Liste von neun Massnahmen erstellt, die künftig vermieden werden sollen. Diese Top-9-Liste wird in den nächsten Tagen publiziert.

## Ein Viertel der befragten Ärzte macht unnötige Zusatztests

Die SGI nimmt Therapien, Tests und Eingriffe ins Visier, die nicht auf wissenschaftlichen Fakten beruhen, sondern auf nicht hinterfragter Routine. Thierry Fumeaux, Präsident der Ärzte der SGI, nennt ein Beispiel. «Es kommt vor, dass Ärzte Blutentnahmen und Laboruntersuchungen systematisch täglich anordnen. Dies ist oft sinnlos,

weil es die Diagnose oder die Therapie nicht beeinflusst. Und es kann für Patienten schädlich sein», sagt der Leiter der Intensivstation des Spitals von Nyon. Laut Studien könne es die Ursache für den häufig auftretenden Blutmangel von Patienten auf Intensivstationen sein.

Wie die Top-9-Liste zeigt, werden auf Intensivstationen zum Teil Katheter oder Sonden gelegt, die überflüssig sind, Infusionen gesteckt, die der Patient nicht braucht, Breitbandantibiotika verschrieben, die man weglassen könnte, oder Zusatzuntersuchungen angeordnet, die für die Diagnose keinen Mehrwert bringen.

Kommt hinzu: Solche Praktiken sind keine Seltenheit. Dies zeigt eine Umfrage der SGI beim

medizinischen Kader der 94 Schweizer Intensivstationen. So gaben immerhin 25 Prozent der befragten Ärzte an, dass sie Zusatzuntersuchungen anordnen würden, auch wenn dies für den Patienten keinen direkten Nutzen habe. 15 Prozent sagten, dass sie nicht systematisch darauf achten würden, keine unnötigen Katheter zu legen oder auch nicht regelmässig später prüfen, ob der Patient das noch brauche.

Mit der jetzt gestarteten Initiative verordnen sich die Ärzte das Konzept des «less is more», wie die SGI ihren Mitgliedern schreibt. Es müssten künftig mit weniger Mitteln für die Patienten bessere Ergebnisse erzielt werden können. «Ziel der Initiative ist es, die Ärz-

teschaft bei der Bewältigung des Ressourcenproblems zu unterstützen, ohne die Qualität der Betreuung zu beeinträchtigen», schreibt die SGI.

## Zürcher Gesundheitsdirektor lobt die Initiative der Mediziner

Die Intensivmediziner folgen damit einem aktuellen Trend, den Ärzte in den USA 2012 angestossen haben. Unter dem Motto «choosing wisely» – wähle mit Bedacht – sollen Kosten gespart und Behandlungen verbessert werden.

Die Top-9-Liste hat reinen Empfehlungscharakter. Trotzdem sind die Krankenversicherer erfreut. Für Santésuisse-Sprecher Christophe Kaempf ist es positiv, «dass die Ärzte die Wirksamkeit

der Behandlungen überprüfen». Es sei ein Beitrag für ein längerfristig finanzierbares System, sagt eine CSS-Sprecherin.

Lob erhalten die Ärzte auch von höchster politischer Stelle. Thomas Heiniger, Zürcher Gesundheitsdirektor und Präsident der Schweizer Konferenz der Gesundheitsdirektoren sagt: «Es ist aus meiner Sicht erfreulich, dass sich auch die Fachgesellschaften mit den Forschungsergebnissen auseinandersetzen, welche zeigen, dass eben oft mehr getan wird als nötig, und daraus ihre Empfehlungen ableiten.» Die Kantone unterstützen diesen Prozess, der zu mehr Wirtschaftlichkeit führe.

Catherine Boss  
und Alexandre Haedertli